

hinaus hat der schwedische Außenminister Sandler in einem Interview vom 13. Dezember 1936 gegenüber dem Berichterstatter des »Telegraaf« die Erklärung abgegeben, daß Schweden infolge des Versagens des Völkerbundes zu der früheren Neutralitätspolitik zurückzukehren gedenke¹⁾. Es ist nicht bekannt geworden, daß eine der Mächte, die unter der Führung von Frankreich und England im Rahmen des Völkerbundes stets die Ansicht vertreten haben, daß Art. 16 eine Verpflichtung zur Duldung des Durchmarsches enthalte, eine abweichende Stellungnahme gegenüber den beiden Regierungserklärungen bekanntgegeben oder gegen dieselben Einspruch erhoben hätte, ebensowenig wie übrigens gegen das Communiqué vom 1. Juli, das offiziell dadurch zur Kenntnis des Völkerbundes gelangt ist, daß es diesem als Anlage zu der schwedischen Erklärung vom 29. August 1936 über die Reformfrage²⁾ vorgelegt und stillschweigend entgegengenommen worden ist³⁾.

von Tabouillot.

Der Sandschak von Alexandrette

Der Sandschak von Alexandrette bildet die Nordwestecke des französischen Mandatsgebiets Syrien⁴⁾. In ihm liegen die Städte Alexandrette — als einer der bestgelegenen Häfen der Levante nicht nur für Syrien, sondern auch für das obere Euphrat-Tal von erheblicher, mit der Ausbeutung der Mineralvorkommen der Türkei und Irans in der Zukunft wahrscheinlich noch beträchtlich wachsender Bedeutung — und Antiochia. Die Bevölkerung des Sandschaks, die nach Angaben der Mandatsmacht im Jahre 1935 204981 Köpfe betrug⁵⁾, zerfällt in zahlreiche, religiös und rassisch von einander geschiedene

1) Zitat nach den Ausführungen des Abgeordneten Savornin-Lohman in der holländischen 1. Kammer, Handelingen der Staten-Generaal, 1936—37, S. 397.

2) Vgl. ds. Zeitschr. Bd. VII, S. 156; vgl. auch Société des Nations, Journ. Off., Suppl. Spécial Nr. 154, S. 17f.

3) Neben Holland und Belgien ist offenbar auch Luxemburg geneigt, eine ähnliche Haltung in der Frage des Durchmarsches fremder Truppen auf Grund von Art. 16 einzunehmen. So hat der Staatsminister Bech in der Luxemburgischen Kammer am 27. Februar 1937 auf eine Anfrage hin die Erklärung abgegeben, daß Luxemburg das Recht für sich in Anspruch nehme, über die Einräumung des Durchmarschrechtes von Fall zu Fall zu entscheiden (vgl. Völkerbund und Völkerrecht IV, S. 26; »Temps« vom 27. 2. 1937; vgl. auch die Rede Bechs auf einem Bankett für die ausländische Presse: »Temps« vom 26. 4. 1937).

4) Als neue Verwaltungseinheit wurde er im November 1918 aus mehreren ehemals türkischen Kreisen von der französischen Militärverwaltung geschaffen; vgl. Jäschke, Orient-Nachrichten vom 30. 12. 1936.

5) Rapport à la Société des Nations sur la situation de la Syrie et du Liban, Année 1935, S. 77. Im Verlauf der Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat im Dezember 1936 gab der französische Vertreter Viénot 220600 Köpfe an: SdN. Journ. Off. 1937, S. 25

Gruppen¹⁾. Neben dem vorwiegend in den Küstengebieten und den Bergen südwestlich von Antiochia ansässigen arabischen Bevölkerungselement sind vor allem die in Antiochia und dem Norden des Sandschaks in der Mehrheit befindliche, etwa 87000 Köpfe betragende²⁾ türkische Volksgruppe, ferner 25000 Armenier sowie kleinere kurdische und tscherkessische Minderheiten zu erwähnen³⁾.

Bevor noch das Mandat über Syrien, das Frankreich auf der Konferenz des Obersten Rats von San Remo am 25. April 1920 übertragen wurde⁴⁾, vom Völkerbundsrat genehmigt und in Kraft getreten war — die Genehmigung durch den Völkerbundsrat erfolgte am 24. Juli 1922⁵⁾, das Inkrafttreten am 29. September 1923⁶⁾ —, hatte Frankreich am 20. Oktober 1921 in dem mit der Türkei abgeschlossenen sogenannten Franklin-Bouillon-Abkommen⁷⁾, durch das der Kriegszustand zwischen den beiden Staaten für beendet erklärt und die Grenze zwischen dem künftigen französischen Mandatsgebiet und der Türkei festgelegt wurde⁸⁾, die Verpflichtung übernommen, in dem Sandschak ein besonderes Verwaltungsregime zugunsten der türkischen Bevölkerung einzuführen. Art. VII des Abkommens lautet:

»Un régime administratif spécial sera institué pour la région d'Alexandrette. Les habitants de race turque de cette région jouiront de toutes les facilités pour le développement de leur culture. La langue turque y aura le caractère officiel.«

Diese Vorschrift wurde durch eine von dem französischen an den türkischen Unterhändler gerichtete Note noch dahin präzisiert, daß die in der Mehrheit von Türken bewohnten Bezirke im allgemeinen durch Beamte türkischen Ursprungs verwaltet und zur Förderung der türkischen Kultur besondere Schulen eingerichtet werden sollten⁹⁾. In

1) Vgl. die Darstellung des französischen Regierungsvertreters de Caix vor der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes: S. D. N. Commission Permanente des Mandats, Procès-Verbaux (= C. P. M.), 5me Session, S. 101.

2) Rapport sur la situation de la Syrie et du Liban, Juillet 1922—Juillet 1923, S. 9; de Caix, C. P. M. 8me Sess., S. 70.

3) Wenn die türkische Regierung von einem Überwiegen des türkischen Bevölkerungselements im Sandschak überhaupt spricht (s. unten S. 405), so rechnet sie vermutlich die meist türkisch sprechenden Armenier und Tscherkessen den Bewohnern türkischer Abstammung hinzu. Tatsache ist, daß es im Sandschak mehr Schulen mit türkischer als mit arabischer Unterrichtssprache gibt: Vgl. Rapport etc. 1933, S. 97; 1935, S. 108 (in 36 von insgesamt 67 Volksschulen erfolgt der Unterricht in türkischer Sprache).

4) Temperley, A history of the Peace Conference of Paris, London 1924, Bd. VI, S. 505.

5) S. d. N. Journ. Off. 1922, S. 823.

6) C. P. M. 4me Sess., S. 7.

7) S. d. N. Recueil des Traités Bd. 54, S. 178.

8) Vgl. diese Zeitschr. Bd. VII, S. 92 Anm. III.

9) Wortlaut der Note diese Zeitschr. Bd. VII, S. 78 Anm. 39.

einem zugleich mit dem Abkommen unterzeichneten Protokoll¹⁾ sagte der französische Bevollmächtigte ferner zu, sich bei seiner Regierung für die türkischen Wünsche einzusetzen, die einerseits auf Zubilligung einer eigenen, die türkische Fahne mit enthaltenden Flagge an die Bewohner des Sandschak, andererseits auf Einräumung erheblicher Vorteile für türkische Staatsangehörige bei Benutzung des Hafens von Alexandrette gerichtet waren.

In dem Vertrag über Freundschaft und Gute Nachbarschaft, den Frankreich »agissant en vertu des pouvoirs qui lui sont reconnus par les actes internationaux sur la Syrie et le Liban« am 30. Mai 1926 mit der Türkei abschloß²⁾, wurde das Franklin-Bouillon-Abkommen ausdrücklich zur Grundlage der beiderseitigen Beziehungen erklärt und in dem Zeichnungsprotokoll bestimmt:

»La présente Convention forme avec ses annexes, un tout comprenant sept pièces. Elle n'apporte aucune modification aux stipulations de l'Accord d'Angora du 20 octobre 1921, dont elle constitue un supplément; se référant aux dispositions mêmes prévues par les contractants de 1921 pour la mise en oeuvre des engagements réciproques, elle réalise l'application concrète des clauses de leur accord, notamment dans la délimitation de la frontière turco-syrienne, dont le tracé est désormais adapté aux nécessités pratiques par le protocole No I.

Quelles que soient les mesures administratives à prendre où le statut organique à établir en Syrie, il sera toujours tenu compte du régime spécial que l'article VII de l'Accord d'Angora a institué pour la région d'Alexandrette.«

Frankreich hat die Verpflichtungen, die ihm aus diesen Vereinbarungen für die Ausgestaltung des Regimes von Alexandrette erwachsen, im großen und ganzen erfüllt³⁾. Die türkische Sprache ist neben der französischen und arabischen im Sandschak zur Amtssprache erklärt worden⁴⁾, und dem höchsten Verwaltungsbeamten des Sandschaks, dem sogen. Mutessarif, sind durch mehrere Dekrete des Oberkommissars,

1) Wortlaut diese Zeitschr. Bd. VII, S. 77 Anm. 39.

2) S. d. N. Recueil des Traités Bd. 54, S. 196.

3) In der 5. Sitzung der Ständigen Mandatskommission (C. P. M., 5me Session, S. 101) hat der Vertreter der Mandatsmacht, de Caix, das Sonderregime in Alexandrette nicht auf die Verpflichtungen gegenüber der Türkei zurückgeführt, sondern mit der besonderen Natur des Landes und damit begründet, daß man nur ein Regime habe aufrechterhalten wollen, das in dem von Frankreich schon früher besetzten Sandschak vor der Okkupierung der syrischen Restgebiete bereits eingeführt worden sei.

Von türkischer Seite ist neuerdings der Vorwurf erhoben worden, daß die Mandatsmacht eine bewußt türkenfeindliche Bevölkerungspolitik getrieben habe (Falih Rifki Atay in Europäische Revue 1937, S. 102).

4) Dekrete vom 8. 8. 1921 und 4. 3. 1923. Auch im Repräsentantenrat des Staates von Aleppo, zu dem der Sandschak zunächst gehörte, war seit Ende 1923 der Gebrauch der türkischen Sprache in der mündlichen Debatte gestattet: Oriente Moderno 1923, S. 424.

zuletzt durch das am 14. Mai 1930 erlassene Règlement organique du sandjak d'Alexandrette ¹⁾ erhebliche Sonderbefugnisse hinsichtlich der Ernennung der Beamten und der selbständigen Ausgestaltung des Haushaltsplans des Sandschak übertragen worden. In der 5. Sitzung der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes hat der Vertreter der französischen Regierung am 30. Oktober 1924 die Sonderstellung des Sandschak innerhalb des damaligen Staates von Aleppo ²⁾ in folgender Weise umschrieben:

«Les lois en vigueur dans ce Sandjak sont les mêmes que celles appliquées dans tout l'Etat d'Alep, et le Sandjak est représenté dans le Conseil représentatif de cet Etat, mais le moutessarif qui en dirige l'administration, et qui a directement auprès de lui un délégué, adjoint au délégué du Haut Commissaire auprès du Gouvernement de l'Etat d'Alep exerce, en vertu d'une délégation générale, à peu près tous les pouvoirs du gouverneur. En outre, le Sandjak a un budget autonome préparé par le moutessarif et présenté par lui à la Commission administrative du Sandjak, avant d'être envoyé au gouverneur et présenté par ce dernier au Conseil représentatif de l'Etat.» ³⁾

Die Bevölkerung des Sandschaks hat sich unter diesem Regime im allgemeinen wohl befunden, doch verschiedentlich danach gestrebt, noch größere Selbständigkeit zu erreichen. Diese Bestrebungen traten besonders im Januar 1926 zutage, als die in Alexandrette und Antiochia gewählten Volksvertreter u. a. die Forderung nach unbeschränkter Autonomie für den Sandschak unter alleiniger Kontrolle des französischen Oberkommissars, nach Bevorzugung der Einheimischen bei der Besetzung von Beamtenstellen entsprechend der Stärke der einzelnen Nationalitäten und nach Einrichtung eines selbständigen Appellgerichts für den Sandschak erhoben ⁴⁾. Im Februar 1926 konstituierten sich diese Abgeordneten zu einem besonderen Repräsentantenrat des Sandschak ⁵⁾ und proklamierten Ende März desselben Jahres ein Statut des Sandschak, in dem dieser unter Wahrung der Rechte des Mandatars zu einem freien und unabhängigen Staat erklärt wurde ⁶⁾. Es gelang damals dem Eingreifen syrischer Minister,

¹⁾ S. d. N. C. 352. 1930. VI., S. 24.

²⁾ Vgl. über die Teilung des syrischen Mandatsgebietes diese Zeitschr. Bd. VII, S. 76 ff.

³⁾ Das Dekret Nr. 2980 des französischen Oberkommissars vom 5. 12. 1924, durch das aus den bisherigen Staaten Aleppo und Damaskus der Staat Syrien gebildet wurde (Oriente Moderno 1925, S. 3), sah in Art. 9 ausdrücklich die Aufrechterhaltung des Sonderregimes von Alexandrette — nunmehr im Rahmen des syrischen Staates — mit der Maßgabe vor, daß die bisher dem Gouverneur von Aleppo zustehenden Befugnisse auf den syrischen Staatspräsidenten übergingen.

⁴⁾ Abdruck des Programms: Oriente Moderno 1926, S. 91.

⁵⁾ Oriente Moderno 1926, S. 155.

⁶⁾ Auszugsweiser Abdruck des Statuts in italienischer Übersetzung: Oriente Moderno 1926, S. 328.

den Repräsentantenrat zur Zurückziehung des Statuts und zu der Erklärung zu bewegen, daß der Sandschak auf der Grundlage weitgehender Dezentralisation innerhalb des syrischen Staatsverbandes bleiben wolle¹⁾.

Das Bestehen einer protürkischen, für den Anschluß des Gebiets an die Türkei arbeitenden Bewegung im Sandschak wurde im Jahre 1934 von dem Vertreter Frankreichs vor der Mandatskommission des Völkerbundes in Abrede gestellt²⁾.

Erst mit der am 9. September 1936 erfolgten Unterzeichnung des Protokolls über den französisch-syrischen Bündnis- und Freundschaftsvertrag³⁾, der die Aufhebung der Mandatsverwaltung und die Selbständigkeit Syriens nach Ablauf einer dreijährigen Frist vorsieht, ist die Frage des Statuts von Alexandrette wieder aktuell geworden.

Die Befürchtungen der Türkei wegen einer Gefährdung ihrer vertraglichen Rechte wurden zunächst in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 26. September 1936 zum Ausdruck gebracht, auf der der türkische Außenminister Rüşdü Aras das Interesse der Türkei an der Neuordnung in Syrien im allgemeinen betonte, insbesondere aber auf die erhebliche Bedeutung hinwies, die die Türkei dem französisch-syrischen Abkommen beilege »en raison d'une question de droit qui découle des actes internationaux, étant donné que les régimes dont il s'agit comprennent la zone d'Alexandrette et d'Antioche, habitée par une forte majorité turque«. Der türkische Delegierte gab der Hoffnung Ausdruck, »que le Gouvernement français ne manquera pas de faire bénéficier cette dernière contrée d'un traitement qui assure à la population la faculté de régler elle-même ses affaires«⁴⁾.

Er erhielt von dem französischen Ratsbevollmächtigten Viénot, der den französisch-syrischen Vertrag für Frankreich verhandelt hatte, die Antwort⁵⁾, daß dieser Vertrag die türkischen Rechte in keiner Weise beeinträchtige, da Syrien nach erlangter Selbständigkeit in die von Frankreich übernommenen Verpflichtungen eintreten werde. Der französische Delegierte führte aus:

»En effet, les engagements que la France a contractés envers la Turquie au sujet du sandjak d'Alexandrette seront opposables à la Syrie dès que celle-ci sera née à l'indépendance et sera dotée de la souveraineté: héritière de la Puissance mandataire, elle succèdera aussi bien aux charges qu'aux avantages que l'opération comporte. Aussi bien le nouvel Etat pourra -t-il d'autant plus aisément et d'autant plus volontiers acquiescer aux stipulations en question que son droit public est fondé sur le principe

1) Oriente Moderno 1926, S. 328.

2) de Caix, C. P. M. 25me Sess., S. 87.

3) Siehe diese Zeitschr. Bd. VII, S. 74.

4) S. d. N. Journ. Off. 1936, S. 1181.

5) S. d. N. Journ. Off. 1936, S. 1182.

de l'autonomie locale, dont les modalités ne peuvent, d'ailleurs, que s'harmoniser pleinement avec le respect de l'intégrité et de l'unité nationales. »

Diese Antwort hat die türkischen Besorgnisse nicht zerstreut. Es setzte eine sehr lebhafteste türkische Pressekampagne ein und im Sandschak selbst kam es zu Straßendemonstrationen und Zusammenstößen zwischen Arabern und Türken, die die Mandatsmacht schließlich veranlaßten, Truppenverstärkungen in das Gebiet zu entsenden ¹⁾. Der türkische Staatspräsident, Kemal Atatürk, wies am 1. November 1936 anlässlich der Eröffnung des türkischen Parlaments in eindringlicher Weise auf die große Bedeutung hin, die die Türkei der zukünftigen Gestaltung des Schicksals von Alexandrette beilege ²⁾.

Schon vorher war durch eine an die französische Regierung gerichtete Note der türkischen Regierung vom 10. Oktober 1936 ³⁾ ein Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen eingeleitet worden, in dessen Verlauf beide Parteien ihren Rechtsstandpunkt präzisierten, ohne zu einer Verständigung zu gelangen.

In dem Notenwechsel, der sich bis in den Dezember 1936 hinein erstreckte ⁴⁾, stand einmal die Frage der Bindung Frankreichs bzw. Syriens an die Abkommen von 1921 und 1926, zum anderen die sachliche Tragweite dieser Abmachungen im Vordergrund.

Gegen den französischen Standpunkt, daß Frankreich als solches aus den erwähnten Verträgen nicht in Anspruch genommen werden könne, da es nicht nur beim Abschluß des Vertrages von 1926, sondern auch bei dem des Vertrages von 1921 lediglich als Mandatar für Syrien und auf Grund der Befugnisse oder zumindest in Verfolg der Mission gehandelt habe, die ihm durch Art. 22 der Völkerbundssatzung in Verbindung mit dem Beschluß der Konferenz von San Remo vom 25. April 1920 übertragen worden seien, im übrigen Syrien nach erlangter Unabhängigkeit automatisch in die vom Mandatar eingegangenen Vertragsverpflichtungen eintrete, führte die türkische Regierung aus, daß im Oktober 1921 ein syrischer Staat, der von Frankreich hätte vertreten und völkerrechtlich verpflichtet werden können, noch gar nicht bestanden, im übrigen auch das Mandat über Syrien nicht auf den Sandschak habe erstreckt werden dürfen, der lediglich an Frankreich abgetreten worden und dem nicht im Rahmen eines hypothetischen syrischen Staates, sondern auf rein französischem Hoheitsgebiet Autonomie mit dem Ziel der Erlangung voller Unabhängigkeit zugesichert worden sei. Eine

¹⁾ Vgl. *Oriente Moderno* 1936, S. 614 ff.

²⁾ Vgl. *Oriente Moderno* 1936, S. 602; *S. d. N. Journal Officiel* 1937, S. 42.

³⁾ *Abdruck S. d. N. Journ. Off.* 1937, S. 41.

⁴⁾ Türkische Noten vom 10. 10., 17. 11., 4. u. 9. 12. 1936; *S. d. N. Journ. Off.* 1937, S. 41 f., 50 f., 53, 54 f.; französische Noten vom 10. 11., 30. 11. und 7. 12. 1936; *S. d. N. Journ. Off.* 1937, S. 43 ff., 52, 53 f.

Übertragung der französischen Verpflichtungen auf Syrien aber sei ihrer Natur nach nur mit Zustimmung der Türkei möglich und zulässig ¹⁾.

Für die türkische These, daß Frankreich beim Abschluß des Franklin-Bouillon-Abkommens nicht als Mandatar, sondern im eigenen Namen und Interesse gehandelt habe und daher allein für dessen Erfüllung verantwortlich sei, spricht vor allem der Umstand, daß dieses Abkommen in erster Linie der Beendigung des Kriegszustandes zwischen Frankreich und der Türkei diene — gerade als Sonderfrieden zwischen Frankreich und der Türkei hat es scharfe britische Proteste ausgelöst ²⁾ —, und daß die für den Sandschak von Alexandrette getroffene Regelung nur eine der französischen Konzessionen darstellt, denen Vorteile gegenüberstanden, die die Türkei in den dem Abkommen angefügten Notenwechseln Frankreich als solchem einräumte, z. B. die Aufrechterhaltung französischer Schulen in der Türkei und die Zuerkennung von Rechten zur Ausbeutung türkischer Naturschätze an französische Gesellschaften.

Bei dem Verträge von 1926, der nach dem Inkrafttreten des Mandats und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Mandatarstellung Frankreichs abgeschlossen worden ist, erhebt sich einmal die Frage, ob durch ihn die ursprüngliche Verpflichtung Frankreichs aus dem Franklin-Bouillon-Abkommen von 1921 beseitigt und das Mandatsgebiet Syrien allein an Stelle Frankreichs getreten ist oder ob eine zusätzliche Verbindlichkeit Syriens unter Fortdauer der französischen Verpflichtungen geschaffen wurde ³⁾. Darüber hinaus aber entsteht das grundsätzliche Problem, ob internationale Verträge, die von der Mandatsmacht

¹⁾ Türkische Note vom 17. 11. 1936 (S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 51): »La reconnaissance et la prise en charge par un Etat des engagements contractés par une Puissance vis-à-vis d'un tiers pays ne sauraient être retenues dans la question qui nous occupe. Un engagement de cette nature ne peut, comme un simple chèque bancaire, être endossé sans le consentement du principal intéressé.«

²⁾ Vgl. Cmd. 1570 (Correspondence between His Majesty's Government and the French Government respecting the Angora Agreement of October 20, 1921).

³⁾ Ob die Mandatsmacht überhaupt das Mandatsgebiet bereits auf Grund der ihr nach Art. 3 des Mandats zustehenden Befugnisse (Art. 3 lautet: »Les relations extérieures de la Syrie et du Liban, ainsi que la délivrance des exequatur aux consuls des Puissances étrangères, seront du ressort exclusif du Mandataire. Les ressortissants de la Syrie et du Liban se trouvant hors des limites de ces territoires relèveront de la protection diplomatique et consulaire du Mandataire«) gültig verpflichtet konnte oder dazu wegen der besonderen Art der in diesem Fall vom Mandatsgebiet zu übernehmenden Verbindlichkeiten der Genehmigung des Völkerbundsrats bedürft hätte, mag hier dahingestellt bleiben. Zu der Frage, ob wegen der in dem Abkommen von 1926 vereinbarten Grenzregulierung eine Genehmigung des Völkerbundsrats erforderlich gewesen wäre, vgl. die Erklärungen der französischen Vertreter vor der Ständigen Mandatskommission: C. P. M. 8e session, S. 71; 9e session, S. 118 f.; 10e session, S. 124; Bericht der Mandatskommission über die 8. Sitzung: C. P. M. 8e session, S. 203 f. und die Debatte im Völkerbundsrat: S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 522 ff.

für das Mandatsgebiet abgeschlossen worden sind, auch über die Beendigung des Mandatsregimes hinaus für und gegen das Mandatsgebiet Gültigkeit behalten.

Für den Vertrag von 1926 ist dies von dem damaligen französischen Oberkommissar und Unterhändler de Jouvenel ohne weiteres verneint worden. Er erklärte am 17. Juni 1926 vor der Mandatskommission des Völkerbundes ¹⁾:

»Il est bien évident que si, demain, la Syrie recouvrait son indépendance totale, cette convention n'existerait plus. Car c'est avec la France que la Turquie a signé ce traité, et non pas avec la Syrie.«

Als die Frage anlässlich der Beendigung des Mandats über den Irak in der Mandatskommission erörtert wurde ²⁾, sprach sich lediglich Orts für die von Frankreich vertretene These des »automatischen Übergangs« aus. Er war der Ansicht

». . . que, quand une convention particulière est conclue entre un territoire sous mandat et une tierce Puissance, la Puissance mandataire n'intervient que comme intermédiaire agissant pour compte d'un incapable, de sorte que, au point de vue juridique, il n'y a que deux parties, à savoir: le territoire sous mandat et la tierce Puissance. Lorsqu'une personne est autorisée à traiter au nom d'un mineur, les conventions passées par elle lient également l'autre partie et le mineur. . . . Même après la cessation du mandat et la disparition de la Puissance mandataire, le lien juridique reste parfait entre le territoire sous mandat et l'autre partie contractante.«

Ihm trat neben dem Grafen de Penha Garcia namentlich Ruppel mit der Begründung entgegen

». . . que, dans le cas des conventions particulières, le nouvel Etat n'est pas le seul à intervenir en ce qui concerne leur maintien en vigueur. Ces conventions sont, en effet, conclues avec de tierces Puissances. On ne peut pas obliger la tierce Puissance à accepter la substitution, comme partie contractante, du nouvel Etat à la Puissance mandataire.«

Der damalige Vizepräsident der Ständigen Mandatskommission, van Rees, hat über die Beendigung von Verträgen, die das Mandatsgebiet in Vertragsverhältnisse zwischen dem Mandatar und dritten Staaten einbeziehen, ausgeführt ³⁾:

»Les conventions comportant l'extension aux territoires sous mandat du bénéfice des conventions ou traités internationaux généraux et particuliers deviendront sans doute caduques à la fin du mandat, étant donné que ces extensions ont fait l'objet d'ententes entre les Puissances mandataires et quelque autre Etat qui ne demeureront en vigueur que tant que durera le mandat.«

Art. 3 des französisch-syrischen Freundschaftsvertrages:

¹⁾ C. P. M. 9e session, S. 119.

²⁾ C. P. M. 20e session, S. 186.

³⁾ C. P. M. 20e session, S. 199.

»Les deux Hautes Parties Contractantes prendront toutes mesures utiles pour assurer, au jour de la cessation du Mandat, le transfert au seul Gouvernement syrien, des droits et obligations résultant de tous traités, conventions et autres actes internationaux conclus par le Gouvernement français en ce qui concerne la Syrie ou en son nom«

läßt übrigens den Schluß zu, daß auch die französische Regierung nicht schlechthin von der Ansicht eines automatischen Übergangs ausgegangen ist.

Erscheint nach alledem Frankreich als der geeignete Adressat der türkischen Forderungen, so können über deren inhaltliche Berechtigung Zweifel obwalten.

Das an Frankreich gerichtete Verlangen, den Sandschak völlig aus dem syrischen Staatsverband loszulösen und mit ihm als einem unabhängigen Staat nach dem Muster der mit Syrien und dem Libanon abgeschlossenen Verträge einen Freundschafts- und Bündnisvertrag abzuschließen, kann schwerlich auf das Franklin-Bouillon-Abkommen gestützt werden. Die französische Regierung, die bei zahlreichen Gelegenheiten, ohne den Widerspruch der Türkei zu finden, darauf hingewiesen hat, daß der Sandschak lediglich eine syrische Provinz mit gewissen autonomen Rechten auf dem Gebiet des Verwaltungs- und Finanzwesens sei ¹⁾, hat denn auch geltend gemacht, daß Art. VII des Vertrages von 1921 lediglich ein besonderes Verwaltungsregime zum Schutz der sprachlichen und kulturellen Interessen der türkischen Bevölkerung, nicht aber ein politisches Sonderstatut außerhalb des Mandatsgebiets vorsehe und daß der Erfüllung der türkischen Ansprüche hinsichtlich des Sandschak im übrigen eine Grenze durch Art. 4 des Mandatsstatuts gezogen sei, der Frankreich zur Aufrechterhaltung der territorialen Integrität des Mandatsgebiets verpflichte ²⁾.

¹⁾ Der französische Oberkommissar Ponsot erklärte am 27. 6. 1930 vor der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes (C. P. M. 18e session, S. 123):

»En ce qui concerne le sandjak d'Alexandrette, je rappelle qu'il ne s'agit ni d'un Etat ni d'un gouvernement, mais d'une province syrienne jouissant de certains privilèges et dont l'existence ne saurait d'ailleurs à aucun degré être considérée comme portant atteinte à l'unité de la Syrie. Depuis les premiers jours de l'occupation, en 1918, Alexandrette jouit de ce régime propre qui comporte la gestion d'un budget autonome et certains privilèges d'administration locale. Mais encore une fois, il s'agit d'une province purement syrienne.«

Entsprechende Erklärungen wurden in der Folgezeit vor demselben Forum von de Caix am 24. 6. 1931 und 4. 6. 1934 (C. P. M. 20e session, S. 163; 25e session, S. 56) und von Ponsot am 1. 12. 1932 (C. P. M. 22e session, S. 264) abgegeben.

²⁾ Art. 4 des Mandatsstatuts lautet:

»Le Mandataire garantit la Syrie et le Liban contre toute perte ou prise à bail de tout ou partie des territoires et contre l'établissement de tout contrôle d'une Puissance étrangère.«

Vgl. dazu die vom Völkerbundsrat genehmigte (S..d. N. Journ. Off. 1934, S. 123) Reso-

Da sich eine Annäherung des türkischen und des französischen Standpunkts weder im Verlaufe des Notenwechsels, noch durch mündliche Verhandlungen erreichen ließ, kamen beide Staaten überein, die Angelegenheit auf Grund des Art. 11 der Völkerbundssatzung dem Völkerbundsrat zu unterbreiten¹⁾. Dieser nahm auf seiner im Dezember 1936 abgehaltenen außerordentlichen Tagung im Einvernehmen der beiden Parteien zunächst nur zu der von der türkischen Regierung aufgeworfenen Frage Stellung, ob und welche vorläufigen Maßnahmen zur Sicherung der nach türkischer Darstellung an Freiheit und Leben bedrohten türkischen Bevölkerung des Sandschak zu ergreifen seien. Die Prüfung der Sache selbst, zu der die Vertreter Frankreichs und der Türkei die Auffassungen ihrer Regierungen noch einmal ausführlich darlegten²⁾, blieb der Januartagung des Rates vorbehalten, auf der der zum Ratsberichterstatter bestellte schwedische Außenminister Sandler nach vorheriger Konsultation mit den beiden beteiligten Mächten Lösungsvorschläge unterbreiten sollte.

Nachdem sich herausgestellt hatte, daß zwischen der Türkei und Frankreich auch über die zu ergreifenden vorläufigen Maßnahmen keine Einigung zu erzielen war — die Türkei hatte die Zurückziehung der französischen Truppen und die Entsendung einer kleinen neutralen Gendarmerietruppe unter der Leitung eines Völkerbundskommissars verlangt³⁾, Frankreich sich jedoch lediglich mit der Entsendung neutraler Beobachter ohne die von der Türkei gewünschte Zuziehung eines französischen und eines türkischen Vertreters einverstanden erklärt, nach deren Eintreffen die besonderen militärischen Vorsichtsmaßregeln im Sandschak rückgängig gemacht werden sollten — faßte der Rat auf Grund eines Berichts von Sandler⁴⁾, der sich den französischen

lution der Ständigen Mandatskommission vom 3. 11. 1933 (C. P. M. 24^e session, S. 107, 119):

»La Commission,

.....

Estime que les vœux des pétitionnaires tendant à la création en Syrie d'un Etat unitaire, comme ceux tendant à l'octroi par la France de l'indépendance à une partie quelconque du territoire sous mandat et qui ne serait pas la Syrie ou le Liban, sont contraires à la charte fondamentale du mandat.»

¹⁾ In dem an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichteten Telegramm, durch das sich die französische Regierung mit der Behandlung der Angelegenheit während der Dezembertagung des Rates einverstanden erklärte (S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 36), wurde darauf hingewiesen, daß es sich nach Ansicht der französischen Regierung nicht um einen türkisch-französischen Streitfall im eigentlichen Sinne handle, sondern lediglich »d'une opposition entre une demande présentée par le Gouvernement turque et la doctrine du mandat telle que la France l'a jusqu'ici appliqué au Levant, conformément aux directives du Conseil et de la Commission des mandats.«

²⁾ S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 22 ff., 31 ff.

³⁾ S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 23.

⁴⁾ S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 31.

Vorschlag zu eigen machte, bei Stimmenthaltung der Türkei am 16. Dezember 1936 den Beschluß¹⁾, mit möglichster Beschleunigung drei Beobachter in den Sandschak zu entsenden, deren Mission bis Ende Januar 1937 befristet und im übrigen in dem dem Beschluß zugrundeliegenden Bericht des schwedischen Außenministers folgendermaßen abgegrenzt war:

»Il convient de préciser qu'au sens de la proposition française, la tâche de ces observateurs ne consisterait ni à étudier le fond de la question, ni à enquêter sur les faits qui se sont produits ou ont pu se produire récemment dans la région d'Alexandrette et d'Antioche. Les observateurs n'auront pas non plus à agir eux-mêmes pour le maintien de l'ordre ou à intervenir directement pour l'apaisement des esprits. Leur rôle consistera exclusivement à observer et à se tenir au courant, de manière à pouvoir, le cas échéant, renseigner le Conseil«²⁾.

Im übrigen wurde den beiden beteiligten Regierungen empfohlen, ihre Besprechungen in enger Verbindung mit dem Ratsberichterstatte fortzusetzen.

Die dementsprechend in Paris aufgenommenen erneuten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Der türkische Plan³⁾, den Sandschak zu einem unabhängigen, von Frankreich und der Türkei in seinem territorialen Bestand garantierten und dauernd neutralisierten Staat zu erheben und ihn mit Syrien und Libanon in einem Staatenbund zu vereinen, zu dessen Zuständigkeit die Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten und die Herstellung einer Währungs- und einer Zollunion gehören sollte, wurde von Frankreich wiederum unter Berufung auf seine Pflichten als Mandatar abgelehnt⁴⁾.

Eine Förderung der Angelegenheit erfolgte erst durch das Schreiben des französischen Ministerpräsidenten an den türkischen Botschafter in Paris vom 18. Januar 1937⁵⁾, das den am 20. Januar 1937 in Genf wieder aufgenommenen mündlichen Verhandlungen vornehmlich zu Grunde lag. In diesem Schreiben wurde, unbeschadet des ausdrücklich aufrecht erhaltenen Rechtsstandpunktes, eine Lösung nach politischen Richtlinien und als geeignetes Organ zur Herbeiführung einer solchen Lösung der Völkerbundsrat in Vorschlag gebracht, der allein die Freiheit der Entschließung besitze, die Frankreich als Mandatar aus rechtlichen Gründen mangle. Die französische Regierung erklärte sich mit jeder

¹⁾ S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 31 f., 34.

²⁾ Die Beobachter — der Holländer Caron, der Norweger Holstad und der Schweizer von Wattenwyl (S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 55) — trafen am 31. 12. 1936 im Sandschak ein.

³⁾ Niedergelegt in einem Memorandum vom 11. 1. 1937: abgedruckt in Correspondance d'Orient 1937, S. 67.

⁴⁾ Gemeinsames Communiqué über die Pariser Besprechungen: Correspondance d'Orient 1937, S. 27.

⁵⁾ Abdruck: Correspondance d'Orient 1937, S. 69.

vom Rat zu treffenden Entscheidung von vornherein einverstanden und regte ihrerseits an, für den Sandschak nach Erlöschen des Mandats über Syrien das Mandatsregime in gewisser Weise, insbesondere durch Einsetzung eines Völkerbunds-kommissars französischer Nationalität, fort dauern zu lassen und das Gebiet auch schon in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des französisch-syrischen Vertrages als eine »entité distincte« zu behandeln, unter Berücksichtigung der türkischen Forderungen auf Ausgestaltung der Verwaltungsautonomie, Entmilitarisierung und Benutzung des Hafens von Alexandrette.

Nach mehrtägigen Verhandlungen konnte — nach dem am 27. Januar 1937 vorgelegten Bericht des schwedischen Außenministers ¹⁾ — Einigkeit über folgende Grundsätze für das künftige Statut von Alexandrette erzielt werden.

1. Le Sandjak constitue une entité distincte. Il jouit de la pleine indépendance dans ses affaires intérieures. Ses affaires extérieures sont gérées par l'Etat de Syrie, sous réserve des dispositions contenues au No 3 ci-dessous.

Il existe une même gestion douanière et monétaire pour le Sandjak et la Syrie.

2. Dans le Sandjak, la langue turque est une langue officielle et le Conseil déterminera, conformément à la procédure visée au paragraphe 10, le caractère et les conditions d'emploi d'une autre langue.

3. Aucun accord international conclu par l'Etat de Syrie et de nature à affecter de quelque manière que ce soit l'indépendance et la souveraineté de cet Etat, non plus qu'aucune décision internationale ayant les mêmes effets, ne pourront s'appliquer au Sandjak sans accord préalable et formel du Conseil de la Société des Nations.

4. Des agents spéciaux assureront entre les deux autorités exécutives la liaison nécessaire pour les affaires laissées à la compétence de la Syrie.

Pour ces mêmes affaires, les Assemblées législatives de la Syrie et du Sandjak auront la faculté d'instituer une liaison interparlementaire et d'en déterminer les modalités.

5. Contrôle du Conseil de la Société des Nations destiné à assurer le respect du statut et de la loi fondamentale du Sandjak, s'exerçant dans les conditions suivantes:

a) Présence sur place d'un délégué nommé par le Conseil de la Société des Nations, et qui sera de nationalité française.

b) Pouvoir du délégué de suspendre, pour un délai maximum de quatre mois, tout acte législatif ou gouvernemental contraire aux dispositions du statut ou de la loi fondamentale. Le délégué sera tenu, dans ce cas, d'en référer aussitôt au Conseil de la Société des Nations, qui prendra, à ce sujet, la décision définitive.

c) Le Gouvernement français et le Gouvernement turc se déclarent prêts à donner suite aux recommandations que le Conseil de la Société des Nations leur adresserait pour assurer le respect des décisions prises par le Conseil.

¹⁾ S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 118ff.

Au cas où, aux termes de la décision du Conseil, les deux gouvernements auraient à exercer une action conjointe, ces deux gouvernements se concerteraient préalablement sur les modalités de cette action.

Les pouvoirs et les droits du Conseil, en ce qui concerne la démilitarisation, seront à déterminer.

6. Le Sandjak n'a pas d'armée. Aucun service militaire obligatoire ne peut y être institué. Aucun ouvrage militaire ne peut y être construit. Seules les forces de police locale, dont le nombre ne dépassera pas hommes, peuvent y être organisées, et aucun armement autre que ceux qui sont nécessaires à la susdite force de police ne peut être introduit ou maintenu dans le Sandjak. Les modalités techniques seront déterminées par un accord ultérieur.

7. Un traité franco-turc sera conclu. Ce traité contiendra des stipulations ayant pour but d'arrêter les formes dans lesquelles la Turquie et la France garantissent l'intégrité territoriale du Sandjak. Cette garantie jouera après consultation des deux parties.

Un accord interviendra entre la France, la Turquie et la Syrie, dont l'objet sera de garantir l'inviolabilité de la frontière turco-syrienne et d'interdire, sur les territoires turcs et syriens, toutes organisations et activités quelconques, dirigées contre le régime et la sécurité de l'autre pays.

8. Le statut du Sandjak contiendra une clause spécifiant les droits et avantages à reconnaître à la Turquie dans le port d'Alexandrette afin de lui permettre d'user, dans la plus large mesure, de ce port pour les besoins de son transit.

9. Le statut et la loi fondamentale entreront en vigueur aussitôt que le Conseil l'aura décidé.

10. Les décisions et recommandations du Conseil seront prises à la majorité des deux tiers, les votes des parties en cause n'entrant pas dans le calcul de cette majorité.

Der Ratsberichterstatter schlug vor, die Ausarbeitung des Statuts und des Grundgesetzes des Sandschaks auf der Grundlage dieser Richtlinien einem aus höchstens sechs Personen bestehenden Sachverständigen-Ausschuß anzuvertrauen, der seine Aufgabe in Fühlungnahme mit dem Ratsberichterstatter und den an Ort und Stelle entsandten neutralen Beobachtern, deren Mandat bis zum 15. März 1937 zu verlängern sei, lösen sollte. Die Durchführung des — nach Maßgabe der Entscheidung des Völkerbundsrates in seiner nächsten ordentlichen Tagung möglichst bald in Kraft zu setzenden — neuen Regimes sollte bis zur Beendigung der Mandatsverwaltung in den Händen Frankreichs liegen »dans toute la mesure compatible avec l'exercice de son mandat«. Die in den Grundsätzen vorgesehenen französisch(syrisch)-türkischen Verträge sollten vor der endgültigen Entscheidung des Völkerbundsrates ausgearbeitet und diesem mitgeteilt werden.

Der Bericht wurde vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen ¹⁾

¹⁾ S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 123.

In der Türkei herrschte Befriedigung über den Ratsbeschluß ¹⁾, die erklärlich ist, da die in Aussicht genommene Neuregelung im Sandschak in allen wesentlichen Punkten den türkischen Forderungen entspricht.

Wie sich die syrischen Nationalisten, die dem türkisch-syrischen Freundschaftsvertrag nur deshalb ihre Zustimmung gegeben hatten, weil durch ihn die lang erstrebte syrische Einheit verbürgt zu sein schien ²⁾, zu dem neuen Statut für den Sandschak stellen werden, bleibt abzuwarten ³⁾. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ⁴⁾ hat der Beschluß des Völkerbundsrates in Syrien eine wenig günstige Aufnahme gefunden. Eine syrische Delegation hat sich nach Paris und Genf begeben, um die Rückwirkungen des Ratsbeschlusses auf den französisch-syrischen Freundschaftsvertrag, der bisher von Frankreich noch nicht ratifiziert worden ist, zu erörtern ⁵⁾.

Der in Verfolg des Ratsbeschlusses eingesetzte Sachverständigenausschuß hat seine Tätigkeit am 25. Februar 1937 aufgenommen und am 15. Mai 1937 mit der Ausarbeitung eines Berichts beendet ⁶⁾, der auf der am 24. Mai beginnenden ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates behandelt werden wird.

Abgeschlossen am 15. Mai 1937

Bloch

¹⁾ Oriente Moderno 1937, S. 91.

²⁾ Vgl. diese Zeitschr. Bd. VII, S. 79.

³⁾ In der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. 12. 1936 hatte der französische Vertreter seinen diesbezüglichen Besorgnissen folgendermaßen Ausdruck gegeben (S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 28):

»Au cas où le Conseil déciderait de donner de la doctrine mandataire une interprétation telle que la séparation du sandjak d'avec la Syrie dût s'ensuivre, l'opinion syrienne, et d'une façon générale, l'opinion arabe, serait amenée à constater que l'indépendance syrienne aurait pour corollaire, non la réalisation de l'unité syrienne, mais l'amputation d'un territoire, rattaché à la Syrie depuis que la Syrie existe en tant qu'Etat, c'est-à-dire depuis quatorze ans.

Ai -je besoin de vous dire que cette constatation pourrait être grosse de conséquences? Elle aurait pour effet de réduire à néant les efforts de conciliation et d'apaisement poursuivis par la Puissance mandataire. Elle provoquerait peut-être le retour à un état de trouble dont les manifestations violentes en certaines régions du Levant sont présentes à toutes les mémoires et que risquerait d'aggraver la solidarité des peuples arabes.«

⁴⁾ Zusammengestellt: Oriente Moderno 1937, S. 138 ff., 174 ff.

⁵⁾ Oriente Moderno 1937, S. 142, 178.

⁶⁾ Tätigkeit des Völkerbundes Bd. XVII, S. 80; Journal des Nations Nr. 1727 vom 16./18. 5. 1937. Der Kommission gehörten an Bourquin (Belgien, Präsident), Kollewyn (Niederlande), Sir James Dunnet (Großbritannien), de Caix (Frankreich), Menemencioglu (Türkei): S. d. N. Journ. Off. 1937, S. 248.